

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 28. Januar 2014

Eigenbetrieb Palatinum; Wirtschaftsplan 2014

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2014 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 800.850,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 473.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 200.000,00 €, für die Abschreibungen 293.000,00 € und einen Betriebskostenanteil über 184.450,00 € übernimmt.

Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsjahres 2014 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 250.000,00 € festgesetzt und ist in der vom Gemeinderat noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Jahr 2014 eingestellt.

Die Planansätze des Erfolgsplans sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung 2012, der vorläufigen Gewinn- und Verlustrechnung 2013 und unter Beachtung des erforderlichen Aufwandes und der zu erwartenden Erträge für das Jahr 2014 entwickelt und hochgerechnet. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Wirtschaftsplan am 14.01.2014 beraten und zur Beschlussfassung empfohlen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2014 für den Eigenbetrieb Palatinum wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigungseinrichtung; Wirtschaftsplan 2014

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2014 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.113.500,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 400.000,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 114.000,00 € betragen. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsjahres 2014 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 500.000,00 € festgesetzt und ist in der vom Gemeinderat noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Jahr 2014 eingestellt.

Die Planansätze des Erfolgsplans sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung 2012, der vorläufigen Gewinn- und Verlustrechnung 2013 und unter Beachtung des erforderlichen Aufwandes und der zu erwartenden Erträge für das Jahr 2014 entwickelt und hochgerechnet. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Wirtschaftsplan am 14.01.2014 beraten und zur Beschlussfassung empfohlen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2014 für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigungseinrichtung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2014

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2014 im Entwurf gefertigt. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 1.292.057,00 € ab.

Der Finanzhaushalt weist nach Gegenüberstellung der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit ein Defizit von 1.393.057,00 € aus. Dieser Betrag erhöht sich um die planmäßigen Darlehenstilgungen von 205.650,00 € auf 1.598.707,00 €. Zum Ausgleich dieses Betrages werden den liquiden Mitteln 198.707,00 € entnommen. Zur Restfinanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist die verzinsliche Kreditaufnahme von 1.400.000,00 € erforderlich.

Die Jagdgenossenschaft wird Anfang des Jahres über ihren Haushaltsplanentwurf beraten. Die darin veranschlagte Abführung an die Gemeinde findet sich im Gemeindehaushalt bei 5559.4365 (Seite 175) wieder. Somit beinhaltet der Beschluss über den Gemeindehaushalt auch die Zustimmung zum Haushaltsplan der Jagdgenossenschaft.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan am 14.01.2014 beraten und zur Beschlussfassung empfohlen.

Haushaltsrede von Bürgermeister Hans-Dieter Schneider:

Sehr geehrte Herren Beigeordnete,
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

der zum Beschluss durch den Gemeinderat Mutterstadt vorliegende 6. doppische Haushaltsplan für das Jahr 2014 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie Investitionsplan für die Jahre 2013 bis 2017 ist in den Fachausschüssen Ende 2013 und im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Januar 2014 vorberaten worden. Alle Ausschüsse gaben eine einstimmige Beschlussempfehlung an den Gemeinderat.

Eine wichtige Grundlage für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und damit verbundener Parameter, die sich auf unseren Gemeindehaushalt auswirken, waren die Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2014. Diese wurden vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz im November 2013 veröffentlicht, und darin wird unter anderem festgestellt:

Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2014

A. Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2013 (sogenanntes Herbstgutachten) eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 v. H. für das Jahr 2014. Trotz der für das laufende Jahr halbierten Wachstumsprognose von 0,8 auf 0,4 v. H. deuten die Wirtschaftsindikatoren an, dass die Konjunktorentwicklung angesichts der für sie günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Aufwärtstrend verbleibt.

Nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute steht Deutschland gegenwärtig am Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs. Verantwortlich dafür sind u. a. eine weltweite Konjunkturerholung durch die weitere Expansion der Weltwirtschaft sowie ein Rückgang der Unsicherheiten in der Eurozone. Auch die lockere Geldpolitik der Notenbanken weltweit trage zur Entspannung der Lage bei. Allerdings bestehen Risiken für die deutsche Wirtschaft nach wie vor, da die „Lage im Euroraum immer noch fragil und ein erneutes Aufflammen der Krise weiterhin nicht auszuschließen ist“.

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion für das laufende Jahr ein Wachstum von 0,5 v. H. für das kommende Jahr wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 v. H. prognostiziert. Auch nach der Auffassung der Deutschen Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Oktober 2013 deutet sich für das Winterhalbjahr eine Verstärkung der konjunkturellen Tendenz an.

Der Stabilitätsrat, früher Finanzplanungsrat, hat sich in seiner Sitzung am 28. Mai 2013 abermals unter anderem mit den gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bei der Aufstellung der öffentlichen Haushalte befasst. Zwar hätten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im vergangenen Jahr erneut ihre Finanzierungssalden verbessert. Gleichzeitig wird jedoch darauf hingewiesen, dass

„auch vor dem Hintergrund der jüngsten Ergebnisse der Steuerschätzung weiterhin eine strikte Ausgabendisziplin gewahrt werden muss, um die bisherigen Erfolge bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu sichern und den eingeschlagenen Kurs einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik weiter fortzuführen.“

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung macht in seinem am 13. November 2013 vorgestellten Jahresgutachten auf verstärkte Haushaltskonsolidierungserfordernisse aufmerksam und konstatiert wie folgt:

„Vor diesem Hintergrund ist die derzeitige Entwicklung bei der Haushaltskonsolidierung nicht zufriedenstellend. So haben mehrere außergewöhnliche Entwicklungen die Konsolidierung in den letzten Jahren begünstigt. Hierbei sind die außergewöhnlich gute Beschäftigungsentwicklung, das niedrige Zinsniveau und die starken Zuwächse bei den Steuereinnahmen zu nennen. Es besteht das Risiko, dass sich diese Entwicklungen als weniger beständig herausstellen, als es sich die politischen Entscheidungsträger wünschen.“

Darüber hinaus stellt der Sachverständigenrat fest, dass sich Deutschland zur Zeit in einem „demografischen Zwischenhoch“ befindet, bevor ab dem Jahr 2020 erhebliche Mehrausgaben eintreten in Folge des demografischen Wandels: Einerseits werde die Anzahl der Rentenbezieher nur sehr moderat steigen, andererseits werde sich der Rückgang der Schülerzahlen weiter deutlich fortsetzen, so dass bis dahin eine Entlastung der Bildungs- und Betreuungssystem möglich sei.

B. Haushaltswirtschaftliche Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Das Finanzierungsdefizit der rheinland-pfälzischen Kommunen besteht nunmehr seit 23 Jahren. Es konnte zwar in 2012 bei allen Gebietskörperschaftsgruppen weiter verringert werden, die Finanzierungslücke belief sich dennoch insgesamt auf 372 Mio. €. Im Vergleich der Flächenländer weisen lediglich die Kommunen in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Saarland höhere Finanzierungsdefizite je Einwohner aus.

Nach wie vor besorgniserregend gestaltet sich die Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung, die ihrem Sinn und Zweck entsprechend lediglich als kurzfristiges Zwischenfinanzierungsinstrument und nicht zur dauerhaften Finanzierung von Haushaltsdefiziten dienen sollen. Die Liquiditätskredite stiegen im vergangenen Jahr auf 6,1 Mrd. € an, was einem Aufwuchs von rd. 5,6 v. H. entspricht. Bis Mitte dieses Jahres haben sie einen Aufwuchs auf rd. 6,3 Mrd. € erfahren. In der Fünf-Jahres-Betrachtung hat sich das Liquiditätskreditvolumen fast verdoppelt, im Zehn-Jahres-Vergleich mehr als verdreifacht.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie Krediten zur Liquiditätssicherung betrug Ende 2012 rd. 2.905 € je Einwohner. Dies entspricht einer um 77 v. H. höheren Gesamt-Pro-Kopf-Verschuldung als der Durchschnitt der anderen Flächenländer.

Unter anderem aufgrund der verbesserten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage konnten sowohl das Land als auch zahlreiche Kommunen im vergangenen Jahr deutliche Steuermehreinnahmen erzielen. Bei den kommunalen kassenmäßigen Steuereinnahmen und steuerähnlichen Einnahmen konnte eine Steigerungsrate von knapp 8 v. H. verbucht werden. Weiterhin erfreulich zeigt sich die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen, die in den ersten drei Quartalen dieses Jahres die bisherigen Höchstwerte des Vorjahres übertreffen konnte.

Die kommunale Haushalts- und Finanzsituation wird landesseitig insbesondere durch die Zuweisungen aus dem „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“ sowie die Reform des kommunalen Finanzausgleichs zum 1. Januar 2014 nachhaltig gestärkt. Auf Bundesebene wird sich die Landesregierung nach wie vor für eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung einsetzen, so beispielsweise für den Erhalt der Gewerbesteuer und eine Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

C. Kommunale Haushaltskonsolidierung

Angesichts der sowohl für das Land als auch für viele Kommunen weiterhin bestehende Konsolidierungserfordernisse sind auch in Zukunft umfangreiche Anstrengungen zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung vonnöten. Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz trifft in der zusammenfassenden Darstellung zum Kommunalbericht 2013 beispielsweise folgende zutreffende Aussage:

„Ungeachtet dessen müssen Gemeinden und Gemeindeverbände weitere erhebliche Anstrengungen zum Haushaltsausgleich unternehmen. Dabei darf es keine Denkverbote geben. Die Ausschöpfung des Konsolidierungspotentials darf auch nicht unter Hinweis auf die sog. „Vergeblichkeitsfalle“, wonach eigene Sparbemühungen vor dem Hintergrund nicht beeinflussbarer Ausgaben ohne Nutzen seien, unterbleiben.“

Gleichzeitig weist der Rechnungshof wiederholt darauf hin, dass die Realsteuerhebesätze auch im vergangenen Jahr teilweise erheblich unter dem Niveau des Durchschnitts der westlichen Flächenländer lagen. Hieran änderten auch die Hebesatzerhöhungen im Rahmen der Teilnahme am KEF-RP nichts. Nach den Berechnungen des Rechnungshofs hätten allein die kreisfreien Städte bei einer Angleichung auf das bundesdurchschnittliche Niveau des Jahres 2011 im vergangenen Jahr mindestens 112 Mio. € an Mehreinnahmen erzielen können ...

... Insgesamt obliegt den kommunalen Gebietskörperschaften weiterhin die Beachtung eines strikten Haushaltskonsolidierungskurses, wobei alle gestaltbaren Möglichkeiten zur Ausgabenreduzierung (dies gilt auch für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung und der Auftragsangelegenheiten) sowie zur Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen zu nutzen sind. ...

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2014 im Rahmen der Doppik

Grundlage für die Haushaltsansätze 2014 sind die Mittelanmeldungen der Fachbereiche, die Beratungsergebnisse in den Fachausschüssen und, wie bereits dargelegt, die Orientierungsdaten des Landes zum Finanzausgleich. Die Planwerte 2015 bis 2017 können nur geschätzt werden und beruhen in erster Linie auf Erfahrungswerten der letzten Jahre sowie heute schon bekannter Veränderungen oder Investitionsvorhaben.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sehen in ihren Herbstgutachten Deutschland am Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs. Dennoch muss weiterhin eine strikte Ausgabendisziplin gewahrt werden um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voran zu treiben.

Dies trifft auch auf Mutterstadt zu, denn unsere kommunalen Einnahmen reichen nicht aus, um die uns in immer höherem Maße zukommenden Aufgaben zu erfüllen.

So stehen im Ergebnishaushalt den Erträgen von 16.153.366,00 € Aufwendungen von 17.849.533,00 € gegenüber, was unter Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses von 404.110,00 € einen Jahresfehlbedarf von 1.292.057,00 €

bedeutet. Dies sind 507.223,00 € weniger als im Nachtrag 2013, aber eben ein deutlich negatives Ergebnis. Immerhin ist der zahlungswirksame Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen mit 36.743,00 € positiv.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Verwaltung hat dem Haushaltsplan 2014 wieder einen ausführlichen Vorbericht vorangestellt der die Haushaltsentwicklung, auch gegenüber den Vorjahren, sehr anschaulich darstellt. Dieser ist, beispielsweise über unsere Internetseite, auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich, so dass ich mich hier auf die wesentlichen Zahlen beschränke.

Überblick über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbezug der beiden Haushaltsvorjahre

	Ergebnis 2012 in €	Nachtrag 2013 in €	Ansatz 2014 in €
Steuer- u. ähnl. Einnahmen	11.143.230,06	10.161.000,00	10.658.500,00
Personalaufwendungen	4.783.152,55	5.114.590,00	5.740.553,00
Kreisumlage	4.366.653,00	4.789.000,00	4.700.000,00
Investitionsvolumen	3.103.585,95	4.719.960,00	4.754.200,00
Kreditaufnahme	0,00	3.000.000,00	1.400.000,00
„Freie Finanzspitze“	639.758,00	-304.980,00	-168.907,00
Abschluss Ergebnishaushalt	827.496,76	-1.799.280,00	-1.292.057,00
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	1.562.179,85	-184.530,00	36.743,00
Abschluss Finanzhaushalt (Pos.44) (ohne Kreditaufnahmen u. Tilgungen)	380.936,66	-3423.590,00	-1.393.057,00

Ergebnishaushalt 2014

Erträge

Die Steuereinnahmen werden in 2014 um 497.500,00 € höher als im Vorjahr angesetzt. Die Hebesätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer werden ab 01.01.2014 an die Nivellierungssätze des Landes angepasst. Dadurch werden Mehreinnahmen in Höhe von 2,5 T€ bei der Grundsteuer A, 130 T€ bei der Grundsteuer B sowie 85 T€ bei der Gewerbesteuer erwartet. Aufgrund der derzeit günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der guten Beschäftigungslage wird bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ein Zuwachs von 150 T€ prognostiziert.

Einnahmen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen steigen um 356.900,00 €. Vom Land erwarten wir höhere Schlüsselzuweisungen von 53 T€, für die neue Kindertagesstätte „Am Alten Damm“ Mehreinnahmen bei den Zuweisungen für Kindergartenbeiträge von 68 T€ und bei den Personalkostenerstattungen in Höhe von 230 T€.

Einnahmen durch öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte erhöhen sich gegenüber 2013 um 92.900,00 €. In erster Linie sind dies Kindergartenbeiträge der Eltern in Höhe von 75 T€, die bisher unter „privatrechtliche Leistungsentgelte“ beplant wurden.

Einnahmen durch privatrechtliche Leistungsentgelte vermindern sich dadurch um 23.850,00 € unter Berücksichtigung von Mehreinnahmen bei den Verpflegungskosten durch die neue Kindertagesstätte.

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen werden Mehreinnahmen in Höhe von 249.166,00 € durch erhöhte Personalkostenzuschüsse des Kreises für die neue Kindertagesstätte „Am Alten Damm“ ausgewiesen.

Sonstige laufende Erträge erhöhen sich um 179.680,00 €. Aus der Veräußerung von Baulandgrundstücken rechnen wir mit 400 T€. Die Konzessionsabgabe der Wasserversorgung wurde 30 T€ niedriger geplant.

Aufwendungen

Personalaufwendungen steigen um 625.963,00 € auf 5.740.553,00 €. Hier sind Tarifierhöhungen sowie die neu eingestellten Erzieherinnen, Erzieher und Hilfskräfte für die Kindertagesstätte „Am Alten Damm“ berücksichtigt.

Versorgungsaufwendungen vermindern sich um 33.900,00 €.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden um 396.150,00 € erhöht ausgewiesen. Für die Unterhaltung der Grundstücke und gemeindeeigenen Gebäude sind 328 T€ vorgesehen. Darin enthalten sind u. a. die Erneuerung der Teppichböden im Rathaus, die Sanierung der Pestalozzi-Grundschule (Fassade, Fenster, Überdachungen), und eventuell statische Arbeiten am Dach der Mandelgraben-Schulsporthalle. Der Planansatz für die Fahrzeugunterhaltung erhöht sich um 25 T€ auf 75 T€.

Abschreibungen sind planmäßig fortgeschrieben, erhöhen sich aber um 73.150,00 € aufgrund der Neuanschaffungen und Investitionsmaßnahmen.

Für Zuwendungen und Umlagen können 142.050,00 € weniger eingeplant werden. Die Kreisumlage fällt durch niedrigere Steuereinnahmen sowie dem daraus resultierenden Wegfall der Progression für Mutterstadt um 89 T€ niedriger aus als im Jahr 2013.

Die Aufwendungen der sozialen Sicherung vermindern sich aufgrund der Leistungen des Bundes um 55.000,00 T€.

Sonstige laufende Aufwendungen vermindern sich um 71.840,00 €. Für die Wahlen im Jahr 2014 wurden insgesamt 22 T€ eingeplant.

Zinserträge und sonstige Finanzerträge erhöhen sich um 21.400,00 € durch die Erhöhung des Ertrages aus der Abwasserbeseitigungseinrichtung.

Zins- und sonstige Finanzaufwendungen erhöhen sich um 49.000,00 €. Zinsauszahlungen für bereits aufgenommene sowie für noch aufzunehmende Darlehen für die Jahre 2013 und 2014 sind berücksichtigt. Insgesamt erhöhen sich die Zinsaufwendungen um 86 T€, bei den zu zahlenden Gewerbesteuerzinsen rechnet die Verwaltung mit einem Rückgang von 37 T€.

Finanzhaushalt 2014

Im Finanzhaushalt werden nur die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen abgebildet. Der Finanzmittel-Fehlbedarf einschließlich der Finanzierung aller geplanten Investitionen beträgt 1.393.057,00 €.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit werden mit 3.324.400,00 € und damit um 1.843.500,00 € höherausgewiesen als in 2013.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit wurden mit 4.754.200,00 € und damit um 34.240,00 € höher als im Haushaltsvorjahr eingeplant.

Wesentliche Investitionen in 2014 sind:

Bezeichnung der Maßnahme	Auszahlungen in 2014	Zuschüsse in 2014
365210 Neubau Kindertagesstätte „Am Alten Damm“	250.000,00 €	239.000,00 €
365500 Investitionskostenzuschuss prot. Kindertagesstätte 1	700.000,00 €	
511000 Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	1.500.000,00 €	1.000.000,00 €
541100 Zuschuss an Pfalzwerke für Erneuerung Straßenleuchten	320.000,00 €	64.000,00 €
541100 Gehwege Ludwigshafener Straße	300.000,00 €	60.000,00 €
541100 Ausbau Luitpold- u. Hartmannstraße	300.000,00 €	
541100 Gehwege Speyerer Straße	600.000,00 €	156.000,00 €
555900 Nördlicher Pfalzmarktweg	160.000,00 €	

Auswirkungen der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen auf die Ergebnis- und Finanzhaushalte der Folgejahre

Die Anschaffung oder Herstellung eines Wirtschaftsgutes ist zunächst ein erfolgsneutraler Vorgang. Erst durch die Abschreibungen werden die Investitionskosten auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt und belasten die künftigen Ergebnishaushalte.

Soweit für die Investitionen keine anderen Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, können Investitionskredite aufgenommen werden. Die dafür anfallenden Zinsen wirken sich auf den Ergebnishaushalt, die anfallenden Zins- und Tilgungsleistungen wirken sich auf den Finanzhaushalt jeweils auch in den Folgejahren aus.

Entwicklung der Investitionskredite

Stand Investitionskredite zum 31.12.2012	3.802.980,41 €
geplante Tilgung 2013	-120.450,00 €
geplante Kreditaufnahme für 2013 in 2014	3.000.000,00 €
geplante Kreditaufnahme für 2014	1.400.000,00 €
geplante Tilgung 2014	-205.650,00 €
voraussichtlicher Stand Investitionskredite 31.12.2014	7.876.880,41 €

Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung

Bis zum Jahresende 2013 wurden keine Liquiditätskredite benötigt. Für das Jahr 2014 ist zur kurzfristigen Sicherung der Liquidität ein Gesamtbetrag von 3.000.000,00 € lt. Haushaltssatzung vorgesehen.

Entwicklung des Eigenkapitals

		Jahresergebnis	Stand Eigenkapital
Eigenkapital Eröffnungsbilanz	2008		97.777.168,70 €
Ergebnis	2009	-491.671,91 €	97.285.496,79 €
Ergebnis	2010	433.991,58 €	97.719.488,37 €
Ergebnis	2011	-12.774,86 €	97.706.713,51 €
Ergebnis	2012	827.496,76 €	98.534.210,27 €
Ansatz Haushaltsvorjahr	2013	-1.799.280,00 €	96.734.930,27 €
Ansatz Haushaltsjahr	2014	-1.292.057,00 €	95.442.873,27 €
Ansatz 1. Haushaltsfolgejahr	2015	-1.114.270,00 €	94.328.603,27 €
Ansatz 2. Haushaltsfolgejahr	2016	-1.125.600,00 €	93.203.003,27 €
Ansatz 3. Haushaltsfolgejahr	2017	-1.134.100,00 €	92.068.903,27 €

Dem Haushaltsplan ist der Stellenplan beigegeben, der die nach § 6 Abs. 5 GemHVO erforderlichen Stellen ausweist. Demnach arbeiten 2014 bei der Gemeindeverwaltung Mutterstadt 15 (+/-0) Beamte, 125 tariflich Beschäftigte und 2 Beschäftigte mit Pauschalvergütung.

Dies sind 142 Personen und damit 9 mehr als 2013. 47 (in 2012 noch 28) davon sind Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst. Hinzu kommen 3 Auszubildende.

Liebe Ratsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplan weist wieder ein deutlich negatives Jahresergebnis auf und dies trotz durchaus passabler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und niedriger Zinsen, die in den Nachträgen der letzten Jahre zu einer Defizitverringerung, bzw. in 2012 sogar zu einem Plus von über 820 Tsd. € beigetragen haben.

Die dramatische Unterfinanzierung aller staatlichen Ebenen, vom Bund über die Länder und Landkreise bis hin zu den Kommunen setzt sich fort.

Wir als Gemeinde haben weiterhin gesetzliche Vorgaben und daraus resultierende zusätzliche Aufgaben umzusetzen, die zwar von den gesetzgebenden Bund und Ländern teilfinanziert sind, deren Restfinanzierung aber unseren Haushalt zusätzlich belastet.

Diese Tatsache war ja auch Auslöser für das Urteil des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofes, das einerseits eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und dabei insbesondere der Soziallastenträger, andererseits aber auch erhebliche eigene Anstrengungen zum Haushaltsausgleich durch die Kommunen fordert. Wenn man berücksichtigt, dass alle Fraktionen im Landtag einstimmig die Umsetzung der Schuldenbremse mit jährlichen Einsparungen von 240 Mio. € beim Land bis 2020 beschlossen haben, kann wohl niemand ernsthaft einen großen Geldsegen vom Land für die Kommunen erwarten. Übrigens war es auch der Verfassungsgerichtshof, der das Land aufgefordert hat zur Einnahmeverbesserung die Steuer-Nivellierungssätze anzuheben, da diese bisher im Land weit unter Bundesniveau liegen. Umsetzen müssen dies allerdings wir vor Ort, was wir auch eingeplant haben. Eine Nichtanpassung der Hebesätze hätte zur Folge, dass die Gemeinde neben den fehlenden Mehreinnahmen sogar weitere finanzielle Einbußen hätte, da beispielsweise die Kreisumlage auf Basis der angehobenen Nivellierungssätze bemessen wird.

Zudem steigen die Sozialausgaben weiter an, so dass bei den dadurch belasteten Kreisen an eine Senkung der Kreisumlage derzeit nicht zu denken ist.

So verschlingt die für Mutterstadt 4,7 Mio. € hohe Kreisumlage bereits fast 30 % unserer Einnahmen.

Vor dem Hintergrund der akuten Finanznot und einem Schuldenanstieg selbst in aktuell wirtschaftlich guten Zeiten sind wir daher mehr denn je gefordert über sinnvolle Einsparmöglichkeiten und Einnahmeverbesserungen nachzudenken. Kooperationen mit anderen Kommunen zur Nutzung von Synergieeffekten und daraus resultierender Ausgabensenkung sind meiner Meinung nach hierfür ein sinnvoller Weg.

Auch die Aufnahme in das Städtebau-Entwicklungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ hilft uns Investitionen in die Infrastruktur mit hohen Zuschuss-Anteilen umzusetzen. Nach dem inzwischen erfolgten Satzungsbeschluss mit Festlegung des Sanierungsgebiets können nun öffentliche und private Maßnahmen zur positiven Entwicklung des Ortskerns gestartet werden.

Weitere Einnahmeverbesserungen im Gewerbesteuerbereich könnten z. B. durch eine gezielte Vermarktung bzw. Belegung der Gewerbegebiets-Erweiterungsfläche realisiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die aufgezeigte finanzielle Problematik öffentlicher Haushalte spiegelt sich auch in der Finanzentwicklung Mutterstadts wider:

Eine Gegenüberstellung zum Jahresende 2013 von mittelfristig verfügbaren Finanzanlagen in Höhe von 6,92 Mio. € und Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 12,07 Mio. € (einschließlich Palatinum und Abwasserbeseitigung) zeigt, dass unsere Gemeinde, ohne die Berücksichtigung von Grund- und Sondervermögen, unterm Strich mit knapp 5,15 Mio. € verschuldet ist.

Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 400,00 € und die künftigen Haushalte lassen eine weiter zunehmende Verschuldung erwarten.

Verwaltung, Gemeinderat und Ausschüsse sind daher nachdrücklich gefordert jede einzelne Maßnahme auf unbedingte Notwendigkeit eingehend zu prüfen. Ein positives Nutzen-/Kostenverhältnis und entstehende Folgekosten sind dabei einzubeziehen.

Zudem sind wir gefordert unsere Einnahmesituation deutlich zu verbessern!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

abschließend möchte ich mich ganz herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr bedanken. Bei der Erstellung und bei den Vorberatungen des vorliegenden Haushaltsplanes haben sich

die Herren Beigeordneten Klaus Leicht, Klaus Lenz und Volker Strub und die Mitglieder von Gemeinderat und Fachausschüssen engagiert eingebracht und durch konstruktive Beratungen zum Gelingen entscheidend beigetragen.

Mein ganz besonderer Dank gilt auch allen Fachbereichs- bzw. Abteilungsleitern mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der gesamten Verwaltung. Insbesondere die Finanzverwaltung unter Federführung von Frau Helm hat mit der Haushaltserstellung einen besonderen Beitrag geleistet.

Ebenfalls wichtig ist mir die gute Zusammenarbeit und aktive Unterstützung intern durch den Personalrat sowie verwaltungsextern durch die Lokale Agenda 21, den Partnerschaftsverein, die Jugendvertretung, den Seniorenbeirat, die Bürgerstiftung, die Bürgerinitiative gegen Geruchsbelästigung, unsere Vereine sowie zahlreiche private und geschäftliche Förderer unserer Arbeit in Form von Spenden und ehrenamtlichem Engagement.

Ihnen allen gilt dafür ebenfalls mein aufrichtiger Dank.

Ich bitte Sie dem vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 2014 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie dem Investitionsplan für die Jahre 2014 bis 2017 zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Thorsten Leva (SPD):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Herren Beigeordnete,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

die Haushaltsrede soll ein politischer Kommentar zum Haushaltsplan der Gemeinde sein. Dies gestaltet sich aus zweierlei Gründen zunehmend schwieriger. Zum Einen, und das ist der positive Aspekt, bietet der Plan durch seinen transparenten und schlüssigen Vorbericht keinerlei Angriffspunkte, zum Anderen ergeben die ermittelten Zahlen sehr wenig Gestaltungsspielraum für wünschenswerte Projekte.

Wie schon in den vergangenen Jahren mahnen wir daher bei Verantwortlichen in Bund und Land an, unsere Kommune finanziell besser auszustatten, damit sie die ihr übertragenen Aufgaben auch erfüllen kann. Es kann nicht sein, dass auf Bundes- und Landesebene ein Sparkurs verordnet wird, der unter anderem dazu führt, dass Kosten zunehmend an den Kommunen „hängen bleiben“.

Auch wenn Mutterstadt im Vergleich mit anderen Ortschaften gut da steht ist der Trend besorgniserregend. Wie von Bürgermeister Schneider bereits ausführlich erläutert, reichen die Einnahmen alleine nicht mehr aus, um die zunehmenden Aufgaben zu finanzieren. Dies zeigt sich im prognostizierten Jahresergebnis, dass mit einem Defizit von fast 1,3 Mio € ausgewiesen wird.

Bei einem Blick auf die Entwicklung des Eigenkapitals wird ersichtlich, dass mit einer Abnahme in den Jahren 2008 bis 2017 um fast 6 % gerechnet wird. Der Saldo der prognostizierten Jahresergebnisse für den gleichen Zeitraum weist ein Defizit in Höhe von 5,7 Millionen € aus. Die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde darauf sind leider sehr gering, denn die Kreativität bei der Generierung von Erträgen ist sehr eingeschränkt.

Der Ansatz der Erträge erscheint uns für 2014 plausibel. Anzunehmen ist, das zukünftig keine Erträge aus Verkauf von Bauland zu erwarten sind, da nun nahezu alle Grundstücke veräußert wurden. Die Anpassung der Grundsteuern an die

Nivellierungssätze ergeben Mehreinnahmen in Höhe von ca. 215 T€ und die Prognose der Einkommenssteuerzuweisung eine Steigerung um ca. 150 T€. Die Zuweisungen und Umlagen reichen dennoch bei weitem nicht aus, um die erhöhten Aufwendungen auszugleichen, deren Ansatz wir dennoch nachvollziehen können und im Großen und Ganzen auch befürworten.

Als Ergebnis erhalten wir ein strukturelles Defizit und es ist bedauerlicherweise auf Jahre mit negativen Haushalten zu rechnen, denn zum Beispiel reichen die gestiegenen Personalkostenzuschüsse nicht aus die um ca. 12 % gestiegenen Personalaufwendungen auszugleichen. Es wird keine einfache Aufgabe! Alle Fraktionen sind gefordert Überlegungen anzustellen, wie zukünftig neue Einnahmequellen generiert werden können.

Der um ca. 400 T€ erhöhte Ansatz für Sach- und Dienstleistungen ist gerechtfertigt. Im Wesentlichen steht das Geld für die überfällige Erneuerung der Teppichböden im Rathaus sowie einer eventuell notwendigen Erneuerung des Daches der Mandelgraben Schulsporthalle zu Verfügung.

Zur Sicherstellung der vorgesehenen Maßnahmen und der Liquidität stimmen wir der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von ca. 4,4 Millionen € zu.

Meine Damen und Herren, wir erleben die Sparbemühungen unserer Verwaltung und der Gremien hautnah mit, ganz im Gegensatz zur Kreisverwaltung. Daher ist auch in diesem Jahr die Kreisumlage (4,7 Mio €) wieder mit dem Auftrag an alle Kreistagsmitglieder verknüpft für einen stärkeren Sparwillen im Kreishaus zu sorgen.

Die für die nächsten Jahre geplanten Investitionen werden konkreter. Alle Maßnahmen sind nach Ansicht der SPD-Fraktion notwendig und sinnvoll zur Erhaltung und Verbesserung der bereits sehr guten Infrastruktur am Standort Mutterstadt. Die wesentlichen Positionen sind der Ausbau der Straßen (ca. 1,7 Mio €), Teilnahme an dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (ca. 1,5 Mio €) sowie Investitionen in Kindergärten (ca. 950 T€). Zuschüsse vom Land erwarten wir dafür in Höhe von ca. 1,5 Mio €.

Das Angebot an Kindergartenplätzen ist nach unserem Ermessen hervorragend und ein sehr gutes Argument für junge Familien sich in Mutterstadt niederzulassen. Allerdings birgt es auch ein kalkulatorisches Risiko, denn die Plätze müssen zwar gemäß Landes- bzw. Bundesgesetze vorgehalten werden, ob sie jedoch alle in Anspruch genommen werden ist nicht klar. Dieses finanzielle Risiko bleibt letztendlich bei der Gemeinde hängen. Ein Großteil der um mehr als 12 % angestiegenen Personalkosten resultiert daraus. Ebenso der Ansatz Investitionskostenzuschuss zur protestantischen Kindertagesstätte 1. Auch wenn gesetzliche Regelungen dafür verantwortlich sind, dass die Gemeinde hier investieren muss, unterstützen wir dies, bedeutet es doch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kommunen.

Die zwei für die nächsten Jahre größten Projekte Ortskernneugestaltung im Rahmen des Programmes „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ sowie die Straßenneugestaltung dominieren die Positionen der Ausgaben. Wir freuen uns sehr, dass diese Maßnahmen mehr und mehr Kontur annehmen. An dieser Stelle loben wir ausdrücklich die Verwaltung für die frühe Einbindung der Bürgerschaft und deren Möglichkeiten sich einzubringen. Viele Mutterstadter haben diese Gelegenheit genutzt. Wir hoffen, dass ebenso viele private Anrainer die Möglichkeiten des Programmes ausschöpfen, somit zu einem schöneren Ortsbild beitragen und damit die hohen zu Verfügung stehenden Landeszuschüsse nutzen.

Nach wie vor ist das Thema Verkehr in und durch Mutterstadt beherrschend. Ein Schritt in Richtung Entlastung der Anwohner wird die Umsetzung eines SPD-Antrages zur Ausweitung der Tempo-30-Zonen sein. In konstruktiver Diskussion mit allen Fraktionen konnte dieser Beschluss auf den Weg gebracht werden. Das die Traktorumfahrung-Nord aktuell kurz vor Ihrer Fertigstellung steht haben wir der Entschlossenheit unseres Bürgermeisters Hans-Dieter Schneider zu verdanken, der trotz knapper und gekürzter Mittel im Land den Baustopp verhindern und die Durchführung in den geplanten Landeshaushalten sichern konnte. Dadurch sicherte er uns die entsprechenden Fördermittel. Es ist auch zu beobachten, dass der Anschluss der A61 nicht lange auf sich warten lässt. Mit dessen Vollendung bitten wir auf die von allen Ratsfraktionen gewünschte Durchsetzung des LKW-Durchfahrtsverbotes.

Aus Kindergärten und Grundschulen hören wir, dass der Bedarf an Sozialarbeit immer größer wird. Ein vom Bund gut gemeintes Anschlagprogramm zur Schulsozialarbeit wird in Zukunft ebenfalls unsere Gemeinde finanziell belasten, obwohl vom Land finanzielle Unterstützung zugesagt ist, wodurch jedoch die Kosten nicht komplett getragen werden. An dieser Stelle möchten wir auf die freiwilligen Leistungen an die örtlichen Vereine hinweisen. Wir sehen sie als wertvolle Unterstützung der vielen organisierten Ehrenamtlichen, die durch ihr Engagement in Sport- und Kulturvereinen in gewisser Weise ebenfalls Sozialarbeit leisten und dadurch Kindern, Jugendlichen aber natürlich auch Erwachsenen Alternativen bieten.

Ebenfalls ehrenamtlich engagieren sich die Mitglieder der Bürgerstiftung, Lokalen Agenda sowie der Bürgerinitiative gegen Geruchsbelästigung, die jeweils wertvolle Unterstützung zur Verbesserung der Lebensqualität in Mutterstadt leisten. Wir unterstützen diese Arbeit gerne und freuen uns, dass auch die Verwaltung zum Beispiel durch die zeitnahe Informationsveranstaltung zur geplanten Biomüllumschlaghalle der GML die Bürger umfassend mit eingebunden hat und in Zukunft weiter einbinden und informieren wird. Insbesondere bei diesem Thema streben wir einen Konsens mit allen Beteiligten an, der jedoch nicht zu Lasten der Bevölkerung gehen darf. Wichtig ist, sich keinem zielführenden Dialog zu verschließen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle bedanken wir uns bei allen Mutterstadter Bürgerinnen und Bürgern, die an unsere Fraktion und die Gemeindeverwaltung herangetreten sind um uns bei unserer Arbeit zu unterstützen, indem sie

wichtige Hinweise und Verbesserungsvorschläge gegeben haben, im Rahmen der schon angesprochenen Bürgerbeteiligung, auf Informationsveranstaltungen oder auch in persönlichen Gesprächen.

Einigen weiteren Organisationen sei an dieser Stelle für Ihren wichtigen Beitrag für unsere Gemeinde gedankt:

- der freiwilligen Feuerwehr, die in 2013 ein sehr arbeitsreiches Jahr mit einigen Großeinsätzen hatte. Wir können sehr froh und stolz sein, dass hier so viele junge Männer und Frauen Ihre Freizeit dem Schutz der Allgemeinheit opfern.
- der Jugendvertretung und dem Seniorenbeirat
- dem Partnerschaftsverein der in diesem Jahr ein weiteres Jubiläum, nämlich 10 Jahre Partnerschaft mit Oignies feiern wird.
- dem Seniorentreff
- dem Jugendtreff
- der gemeindeeigenen Bücherei

Herzlich danken möchten wir Frau Helm aus der Finanzabteilung, die uns wie jedes Jahr im Rahmen unserer Haushaltsklausur die Zahlen erläuterte und unseren Fragen Rede und Antwort stand.

Wir wollen abschließend Dank sagen für die geleistete Arbeit

- Unserem Bürgermeister Hans-Dieter Schneider, mit allen Mitarbeitern der Verwaltung, die nach unserer Auffassung alles erdenklich Mögliche versuchen um vorhandene Fördergelder und Unterstützung zum Wohle der Gemeinde zu nutzen.
- Den drei Beigeordneten, die nach unserer Kenntnis nach wie vor kollegial untereinander und mit dem Verwaltungschef vertrauensvoll zusammenarbeiten.
- Letztlich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute, konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Ausschüssen.

Die SPD Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf vorbehaltlos zu.

Haushaltsrede von Katja Schulze-Berge (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider,
verehrte Herren Beigeordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
meine Damen und Herren!

In den letzten Jahren haben wir wiederholt darüber diskutiert, dass die finanzielle Ausstattung der Gemeinden immer schlechter wird und damit im krassen Gegensatz zu den Ausgaben steht, die wir übernehmen müssen. Viele Aufgaben werden der Gemeinde von Bund und Land übertragen und nicht für alle Aufwendungen erhalten wir einen finanziellen Ausgleich. Auch in Zukunft ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Situation diesbezüglich bessert, sieht man sich den Gesetzesentwurf zum Landesausgleichsgesetz an. Zuschüsse für Investitionen fließen zwar zum Teil, jedoch häufig erst sehr spät, so dass wir gezwungen sind, das Geld vorzulegen und zwischen zu finanzieren. Dies alles führt dazu, dass die Gemeinden immer stärker belastet werden, was wir sehr deutlich in unserem Haushaltsplan sehen.

Unser Ergebnishaushalt weist einen Fehlbetrag von 1,292 Millionen € aus. Trotz der Annahme steigender Steuereinnahmen bei Einkommens- und Gewerbesteuer und Zuwendungen vom Land Rheinland-Pfalz können wir diese Lücke nicht schließen. Woran liegt das?

Wir müssen mit erheblich mehr Personalkosten rechnen. Durch die Neueinstellung von Kindergartenkräften für die neue Kindertagesstätte Am Alten Damm, die uns nicht in Gänze von Land und Bund erstattet werden, und durch zu erwartende Tarifierhöhungen ergeben sich Mehrbelastungen in Höhe von 625.000,00 €.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen um knapp 400.000,00 €. Hierin enthalten sind notwendige Reparaturen im Rathaus, in der Pestalozzischule und in der Mandelgraben Sporthalle. Um eine gute Infrastruktur aufrecht zu erhalten, müssen wir regelmäßig mit Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen rechnen, mit steigender Tendenz bei wachsendem Alter der Gemeindeimmobilien. Dies gilt übrigens auch für das Palatinum, bei dem es natürlich ebenfalls nicht nur bei einer einmaligen Investition in den Bau bleiben konnte.

Auf Kreisebene können wir nicht mit einer Senkung der Kreisumlage rechnen, auch wenn wir in diesem Haushaltsjahr etwas weniger an den Kreis abführen müssen. Selbst der Kreis kann seinen Haushalt nicht ausgleichen. Insgesamt überweisen wir mit immerhin 4,7 Millionen € ein Viertel unserer Einnahmen an die Kreisverwaltung!

Betrachten wir uns die Ertragsseite, so sehen wir, dass wir nach dem Verkauf unserer letzten Baulandgrundstücke, für die wir in 2014 voraussichtlich Einnahmen von 400.000,00 € generieren können, keine Grundstücke mehr zu veräußern haben. Diese Einnahmequelle steht uns nicht mehr zur Verfügung. Auch diese Tatsache müssen wir bei den weiteren Planungen berücksichtigen.

Mutterstadt erzielt weniger Einnahmen aus der Gewerbesteuer als vergleichbare Gemeinden. Viele Filialisten zahlen ihre Gewerbesteuer nur teilweise in Mutterstadt, überwiegend am Sitz ihrer Gesellschaft. Unser Gewerbegebiet ist auf der anderen Seite groß und grundsätzlich attraktiv und durch die Anbindung an die B9 gut zu erreichen. Die CDU Fraktion ist gerne bereit, sich an Überlegungen zur Verbesserung der Situation in unserem Gewerbegebiet zu beteiligen.

Im Ergebnishaushalt ist der Rahmen unserer Möglichkeiten eng, wenn nicht sogar ausgereizt. Neben kleineren Einsparungen, die wir in den letzten Jahren durch Optimierung und Streichungen erzielen konnten, lässt dieser Haushaltsplanentwurf kein weiteres Potenzial für Maßnahmen in dieser Richtung erkennen.

Spannender, wenn man so will, zeigt sich da unser Finanzhaushalt.

Wir schaffen es voraussichtlich auch in diesem Jahr, die laufenden Ausgaben über die geplanten Einnahmen zu decken und sogar eine kleine Spitze von knapp 37.000 Euro auszuweisen.

Die Verwaltung rechnet auf der Einnahmenseite mit 1,1 Millionen € Erlös aus dem Verkauf von Bauland und unbebauten Grundstücken. Selbstverständlich hoffen wir, dass das Projekt „Ärztelhaus“, das hierbei einkalkuliert ist, auch zügig realisiert wird, nicht nur wegen der Einnahmen, auch wegen des positiven Beitrags zu unserer Infrastruktur.

Nachdem wir alle notwendigen Voraussetzungen für das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ geschaffen haben, sind wir gespannt, welche privaten Vorhaben von unseren Bürgerinnen und Bürgern eingereicht werden. Die CDU Fraktion ist der Meinung, dass wir als Gemeinde mit gutem Beispiel und mit Projekten voran gehen sollten, um einen Anreiz für Privatpersonen zu schaffen, ebenfalls etwas zur Verschönerung des eigenen Anwesens und damit des Ortsbildes beizutragen. Dafür werden 1,5 Millionen € im Haushalt bereitgestellt, denen 1 Million Euro Landeszuschüsse entgegenstehen. Ob und wann wir diesen Betrag benötigen bzw. erhalten, lässt sich aktuell noch schwer abschätzen. Definitiv werden Ausgaben für die Kindertagesstätte am Alten Damm auf uns zukommen, für die wir noch Restzahlungen leisten müssen und für den Umbau der protestantischen Kindertagesstätte 1, um auch diese Einrichtung für die Aufnahme einjähriger Kinder zu qualifizieren. Die 700.000,00 €, die dafür eingestellt sind, müssen allerdings noch bestätigt werden und sind zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Schätzgröße. Beurteilt man die insgesamt von der Gemeinde Mutterstadt getätigten Investitionen in die Kinderbetreuung in den letzten Jahren, sowohl was Baukosten als auch was Personal angeht, so ist es beachtlich, was in so kurzer Zeit an Angeboten bereitgestellt werden konnte. Man darf jedoch nicht vergessen, dass alle Berechnungen für den Platzbedarf nur auf Planzahlen und Schätzungen beruhen und sich der tatsächliche Bedarf erst noch zeigen wird. Es bleibt zu hoffen, dass wir mit unseren Maßnahmen eine ausreichende Vorsorge getroffen haben.

Stetig investieren wir auch in die Erneuerung unserer Straßen. Hierfür sind immerhin 1,2 Millionen € bereitgestellt. Welche Straßen zuerst repariert werden, hängt auch wesentlich von den Förderzusagen des Landes für unsere klassifizierten Straßen ab. Für die Fertigstellung der Speyerer und den Umbau der Ludwigshafener Straße stehen 900.000,00 € auf der Investitionsseite.

Das Thema Ortskernentwicklung halten wir für das spannendste Thema in den nächsten Jahren, das wir als Fraktion gerne konstruktiv begleiten. Wir sehen durchaus, dass hier und jetzt Entscheidungen für die nächsten 30-50 Jahre gefällt werden, die nicht nur unsere Generation sondern auch künftige Generationen betreffen, und sind uns der Verantwortung dafür bewusst. Besonders umsichtig müssen wir daher mit unseren Mitteln umgehen und sie sinnvoll einsetzen. Das bedeutet eine solide Finanzierung und eine damit verbundene verantwortbare Belastung für unsere Nachfolger, denn völlig klar ist uns allen, dass wir hier ohne Kreditaufnahme nicht auskommen. Wir befürworten eventuell sinnvolle Grundstücksankäufe, sofern sie preislich im Rahmen liegen und unter Ausnutzung eventuell möglicher Fördermittel. Wir verweisen gerne auf die Projekte, die wir in der Gemeinde ebenfalls umsetzen werden wie die neue LED Beleuchtung oder die nördliche Umfahrung zum Pfalzmarkt. 480.000,00 € sind dafür im Haushalt eingestellt. Wir erwarten, dass nach Fertigstellung der Umfahrung der Traktorenverkehr weitgehend aus dem Ort herausgehalten werden kann.

Generell sind wir der Meinung, dass die Verteilung der Investitionen in den nächsten Jahren immer wichtiger werden wird, sprich, wofür geben wir Geld aus, wo lohnt es sich, einen Kredit aufzunehmen und wie setzen wir das Geld sinnvoll ein. Wir halten daher ein längerfristiges Investitionsprogramm für erforderlich, das eine Projektvorschau mit einer Finanzierbarkeitsvorschau verknüpft und eine Maximal-Minimal Rechnung enthält. Wir sind der Auffassung, dass wir dabei nicht nur die nächsten 3-4 Jahre, sondern mindestens die nächsten 10 Jahre betrachten sollten.

Die CDU-Fraktion dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit des vergangenen Jahres. Wir sind uns bewusst, dass Mutterstadt einen niedrigeren Personalschlüssel als die meisten Nachbargemeinden hat und damit viele Mitarbeiter eine höhere Arbeitsbelastung in Kauf nehmen.

Insbesondere danken wir denjenigen Mitarbeitern in der Verwaltung, die an der Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs beteiligt waren, allen voran Frau Helm. Auch in diesem Jahr gilt unser Dank Frau Helm dafür, dass sie uns den Haushaltsentwurf auf unserer Klausurtagung ausführlich und geduldig erläutert hat.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in gemeindeeigenen Einrichtungen engagiert und ideenreich eingesetzt haben, um das Wohnen in Mutterstadt lebenswerter zu gestalten.

Wir möchten uns wie immer ausdrücklich bei den ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gemeinde bedanken, die sich auf so vielfältige Weise in Kirchen, Schulen, Vereinen und Gremien engagieren. Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr verdienen in jedem Jahr ein großes Lob für ihren Einsatz, speziell in diesem Jahr halfen sie bei mehreren Großbränden, beispielsweise in Harthausen. Wir danken allen Geldspendern, die damit viele kleinere Anschaffungen ermöglichen, an denen andere Menschen Freude haben. Wir danken der Agenda 21 und der Bürgerinitiative gegen Geruchsbelästigung für ihre Anregungen.

Allen Kolleginnen und Kollegen im Rat und den Ausschüssen dankt die CDU-Fraktion für die offene und stets konstruktive Zusammenarbeit.

Die CDU-Fraktion stimmt der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2014 zu.

Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, werte Herren Beigeordnete Leicht, Lenz und Strub, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, meine Damen und Herren, der Haushaltsplan 2014 unserer Gemeinde ist ein komplexes Zahlenwerk und zusammen mit den Wirtschaftsplänen für das Palatinum und die Abwasserbeseitigungseinrichtung 440 Seiten stark. Es ist meine Aufgabe für die Freie Wählergruppe diese Zahlen zu bewerten und bei einigen Schwerpunkten Akzente zu setzen.

Finanzielle Gesamtsituation

Der Haushalt 2013 schloss im Nachtrag mit einem Minus von 1,8 Mio. Euro. Wie wir aber aus den vergangenen drei Jahren wissen, wird sich dieser Fehlbetrag in wundersamer Weise verringern, aber Schuldenfreiheit, oder sogar einen Überschuss wie 2012 wird Mutterstadt diesmal nicht erreichen. Die für 2013 geplante Kreditaufnahme in Höhe von 3 Mio. € wird ins Jahr 2014 verschoben.

Ergebnishaushalt 2014

Im Gesamtergebnisplan ist die Gewinn- und Verlustrechnung versteckt und hat somit direkten Einfluss auf das Eigenkapital unserer Gemeinde. Die Summe der laufenden Erträge wird angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in der BRD um 1,35 Mio. € höher angesetzt als im vergangenen Jahr. Bei der Kostengruppe Kostenerstattung und Kostenumlagen gibt es vor allem wegen der steigenden Sozialausgaben vermehrt die Forderung an Land und Bund, sich gerade an den Zukunftskosten (Stichwort: Kinderbetreuung) stärker zu beteiligen. In direktem Zusammenhang stehen hierbei die Aufwendungen für die um 1 Mio. € steigenden Personal- und Sachkosten. Weitere Aufwendungen, wie Abschreibungen, Umlagen, Zuwendungen und sonstige Transferzahlungen verändern sich nur geringfügig. Der Saldo im Ergebnishaushalt beläuft sich auf minus 1,3 Mio. €.

Finanzhaushalt 2014

Der Finanzhaushalt erfasst die tatsächlich fließenden Beträge sowohl aus Verwaltungstätigkeit, als auch im investiven Bereich. Der Saldo aus Investitionstätigkeit liegt bei minus 1,34 Mio. €, nachdem wir im vergangenen Jahr doch knapp 3,24 Mio. € schultern mussten. Bei den Gesamt Ein- und Auszahlungen entsteht 2014 ein Fehlbetrag von knapp 1,4 Mio. €. Die geplante Kreditaufnahme wird sich in dieser Höhe bewegen.

Eine Übersicht über die Entwicklung der Jahresergebnisse der Jahre 2009 bis 2017 zeigt in der Bilanz einen Eigenkapitalverlust von 5,7 Mio. €. Dies muss ein Warnsignal für uns sein, die Finanzkraft unserer Gemeinde zu verbessern und auf einer höheren Beteiligung übergeordneter Institutionen (Kreis, Land und Bund) an unseren Ausgaben zu bestehen.

Meine Damen und Herren,

es folgen nun Überlegungen und Anregungen der Freien Wählergruppe zur weiteren Entwicklung Mutterstadts und der daraus entstehenden Investitionen.

Prot. Kiga I

Nachdem der neue Kindergarten im „Alten Damm“ erfolgreich fertiggestellt ist, müssen wir nun den Focus auf den Umbau des Prot. Kinderhortes richten. Somit können wir dem Bedarf für die Kinderbetreuung in der Ortsmitte Rechnung tragen. Mit der Unterstützung aus den Mitteln der Städtebauförderung und aktiver Beteiligung der Kirchenverwaltung kann diese Maßnahme sicherlich verwirklicht werden.

Aktives Ortszentrum (Städtebauförderung)

Wer unseren Ort mit offenen Augen durchwandert, erkennt viele Stellen, die der Verschönerung harren. Oft fehlt nur etwas „Deckweiß“, d.h. mit geringen Mitteln ist einiges zu erreichen. Größere Umbaumaßnahmen an Gebäuden, die energetische Sanierung oder den Rückbau alter Bausünden können durch das Landesprogramm „Aktives Ortszentrum“ unterstützt werden. Haus- und Wohnungsbesitzer, die ein solches Vorhaben planen, sollten zuvor unbedingt Informationen hierzu beim Bauamt einholen.

Ortsstraßen

Die Speyerer Straße wurde erfolgreich saniert und nach monatelanger Sperrung freigegeben. Ein weiterer Schwerpunkt bildet der Umbau der Ampelkreuzung in der Ortsmitte, sowie die Ludwigshafener Straße. Hier ist ebenfalls das Städtebauförderungsprogramm anzusprechen um dieses Vorhaben zeitnah zu verwirklichen. Zusammen mit dem Neubau eines Cafes durch die Fa. Görtz auf dem Gelände des ehemaligen Mosquitos, der Einbeziehung und Umgestaltung der Freifläche am alten Friedhof wird ein attraktives Erscheinungsbild bei dieser Ortseinfahrt hergestellt. Der Ausbau und die Aufwertung der Hartmann- und der Luitpoldstraße sind weitere Bausteine, um den Ortskern aufzuwerten und sollten deshalb baldmöglichst in Angriff genommen werden.

Palatinum

Seit nunmehr fast 16 Jahren besteht unsere Festhalle Palatinum und ist selbst überregional als Kultur- und Tagungsstätte, sowie in der Restauration etabliert. Der jährliche Zuschussbedarf zu den Betriebskosten ist konstant und vertretbar. Durch die Umfinanzierung fälliger Darlehen zu günstigeren Konditionen wird die Zinsbelastung verringert. Den kompetenten Mitarbeitern der Verwaltung, sowie dem Gaststättenteam sei gedankt.

Abwasserbeseitigungseinrichtung

Die Abwasserbeseitigungseinrichtung ist ein weiterer Eigenbetrieb unserer Gemeinde. Die Finanzierung der notwendigen Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen können aus eigenen Mitteln erbracht werden. Dazu trägt die moderate Erhöhung der Schmutzwassergebühren zu Beginn des vergangenen Jahres bei. Die Entsorgung unseres Abwassers erfolgt über das Kanalsystem Ludwighafens zur BASF Kläranlage. Die Abgaben, die dadurch fällig werden bedürfen der genauen jährlichen Überprüfung durch unsere Verwaltung.

Gemeindebibliothek

Neben dem Palatinum ist die Gemeindebibliothek zusätzlich zur Medienausleihe ein weiterer kultureller Treffpunkt. Davon zeugen vielfältige gut besuchte Veranstaltungen- für deren gutes Gelingen sei den Gemeindemitarbeitern, sowie den ehrenamtlichen Helfern herzlich gedankt.

Freiwillige Feuerwehr

Unsere Feuerwehr übernimmt neben dem Brandschutz immer Aufgaben der Sicherheit und Gefahrenabwehr, sei es bei Unfällen oder Naturereignissen, wie Sturm und Hochwasser. Den Wehrfrauen und -männern unter der Leitung von Rüdiger Geib gebührt dafür mein Dank.

Außenbereich

Meine Damen und Herren,

die Flurbereinigung „Nördlicher Pfalzmarktweg“ kann trotz rechtzeitigem Beginn im März letzten Jahres nicht abgeschlossen werden. Grund dafür sind die widrigen Wetterverhältnisse, sowie die unnötigen Verzögerungen von

Leitungsverlegungen der Telekom. Des Weiteren gibt es Meinungsverschiedenheiten durch den Einbau eines Brückenbauwerkes, welches offensichtlich etwa 40cm zu hoch eingebaut wurde, denn die Sohle des Betonfertigteils liegt trotz des derzeitigen hohen Wasserstandes nur 10cm im Wasser und wird bei sinkendem Grundwasser sofort trockenfallen und ihre Funktion als Übergang für Amphibien verlieren.

Gewässerverband-Gräben

Wer derzeit durch unsere Gemarkung wandert, sieht die starke Vernässung auf vielen Äckern . Trotz gereinigter Gräben ist der Grundwasserstand beträchtlich gestiegen und bedroht auch große Ortsteile. Vor fast einem Jahr wurde hier im Ratsaal zum wiederholten Male über Sofortmaßnahmen an Hochpunkten des Gewässerverlaufes beraten, passiert ist leider nicht viel. Bei der letzten Gemarkungsbegehung hat selbst der Bürgermeister mit eigenen Händen mehrere Sperren im Bereich der Vogelwiese in Ruchheim beseitigt. Unsere Gemeinde leistet einen nicht unerheblichen Teil an Abgaben an den Gewässerverband um eine zeitnahe und fachgerechte Beseitigung dieser Hindernisse zu gewährleisten. Das Ergebnis dieser Feldbegehung wird jeweils in einem Protokoll festgehalten, dessen Vorlage oftmals erst nach der Beseitigung einiger Missstände erfolgt.

Südspange

Seit einiger Zeit ist die Südspange planfestgestellt, die ähnlich dem Riedgewanngraben in Ruchheim unseren westlichen Gemarkungsteil vor Vernässung schützen wird und die desolaten Wasserverhältnisse auf der „Frankenthaler Terrasse“ verbessern wird. Die Gemeindeverwaltung ist beauftragt und hat zugesichert die Realisierung dieses Jahrhundertprojektes schnellstmöglich durchzusetzen.

Biomüll

Ein weiteres Thema ist die Suche nach einem Standort für die geplante Biomüllhalle der GML. In dieser Halle soll der Bioabfall verschiedener Landkreise, sowie der Städte Speyer, Ludwigshafen und evtl. Neustadt umgeschlagen werden. Ein Standort liegt noch nicht fest, aber Mutterstadt ist in der engeren Wahl. Es ist nicht zuletzt sowohl der Freien Wählergruppe als auch der Bürgerinitiative zu verdanken, dass wir rechtzeitig auf die Planungen der GML reagiert haben. Unabhängig davon, wo letztendlich dieser Biomüll umgeschlagen wird, fordern wir einen hohen Standard sowohl für die Anfuhr, die Ausgestaltung der Halle, sowie den geruchfreien Abtransport. Die von der SGD in Neustadt vorliegende Stellungnahme zu diesem Vorhaben ist bei weitem nicht ausreichend. Der von allen im Rat vertretenen Fraktionen in Zusammenarbeit mit der Verwaltung aufgestellte Forderungskatalog muss die Grundlage der Ausschreibung sein.

Anschluss L524 an A61

Wir haben alle auf die Zusage vertraut, den sogenannten Pfalzmarktanschluss in diesem Jahr fertiggestellt zu sehen. Die Trassen sind geschoben, doch hat die Witterung die Fertigstellung verzögert. Die Entwässerung dieser Baumaßnahme sowohl beim Bau, als auch nach deren Abschluss muss ins besonders bei den Kreuzungsbereichen auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft werden.

Wirtschaftswege

Die Wirtschaftswege im gesamten Gemarkungsbereich sind wegen der ungewöhnlich feuchten Witterung in einem desolaten Zustand. Trotz mehrmaligem Wegeschiebens während des Jahres gelang es nicht die Wege gefahrenfrei zu halten. Deshalb geht mein Appell an Fußgänger und Radfahrer hier besondere Vorsicht walten zu lassen und vermehrt auf den landwirtschaftlichen Betriebsverkehr zu achten. Durch die moderate Erhöhung des Beitrags für Feldwegeunterhaltung und –ausbau haben wir Mittel für Reparaturen und Gehölzpflege zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich komme zum Schluss meiner Ausführungen.

Herzlichen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, allen voran dem Bürgermeister Hans Dieter Schneider, seinen Beigeordneten Klaus Leicht, Klaus Lenz und Volker Strub. Der Leiterin der Finanzabteilung Frau Helm gebührt zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen ein besonderes Dankeschön für die wie immer termingerechte Fertigstellung des vorliegenden Zahlenwerks. Die Abteilungsleiter Gunter Holzwarth, Werner Klein und Rüdiger Geib mit ihren Teams leisten gute Arbeit. Danke auch der Lokalen Agenda, der Bürgerstiftung, der Gleichstellungsbeauftragten, den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei den Mitgliedern des Gemeinderates und bei den Vertretern der Ausschüsse für die kollegiale Zusammenarbeit.

Der Haushaltsplan 2014, die Wirtschaftspläne für das Palatinum und die Abwasserbeseitigungseinrichtung sind anschaulich dargestellt und aufbereitet. Viele Zahlen auf farbigem Papier, die Richtung stimmt, wenn auch bei weitem kein Ausgleich zu erreichen ist. Hier muss über den kommunalen Finanzausgleich eine Entlastung für die Gemeindefinanzen kommen.

Als Sprecher der Freien Wählergruppe bedanke ich mich, dass sie meinen Ausführungen Beachtung schenken. Wir stimmen der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2014 zu.

Haushaltsrede von Walter Altvater (Bündnis 90/Die Grünen):

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man wie ich eher am Ende der Rednerliste an der Reihe ist, muss man aufpassen, dass man nicht wiederholt, was schon mehrfach gesagt wurde.

Deswegen möchte ich mich auf 4 für mich und meine Partei wesentliche Punkte beschränken:

Zunächst möchte ich auf ein Phänomen namens „Kostenkrankheit“ eingehen.

In der Wikipedia lesen wir dazu:

„Die baumolsche Kostenkrankheit (nach [William J. Baumol](#), 1967) bezeichnet die Problematik der schlechten [Rationalisierbarkeit](#) von [Dienstleistungen](#) im Gegensatz zu anderen Sektoren. Um die Qualität der Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, müssen die Löhne jedoch mit der allgemeinen Lohnerhöhung der Bevölkerung mithalten. Hier besteht ein Dilemma.“
soweit die Wikipedia.

Wenn ein Kammerorchester Mozart spielt, dann braucht man dazu heute genauso viele Musiker wie zu Mozarts Zeiten. Ein Synthesizer hilft da nur bedingt. Genauso wie eine Krankenschwester auch nicht mit Hilfe von Computern mehr Patienten betreuen kann.

Auch Kinderbetreuung lässt sich, zum Glück, möchte man sagen, nicht rationalisieren. Nun geht die Zahl der Kinder zwar zurück, aber gerade deswegen wird es eher noch wichtiger, dass wir eine gute Kinderbetreuung sicherstellen. Damit wächst der Finanzierungsbedarf und nicht zuletzt deswegen haben wir, wie schon mehrfach gesagt, über 600 T€ mehr Personalkosten.

Wir stellen damit den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz sicher. Nun bedeutet „gesetzlicher Anspruch“ aber, wie uns Herr Geib in den Ausschussberatungen dankenswerterweise verdeutlicht hat, dass der Kindergarten Mittagspause hat, d.h. es besteht kein gesetzlicher Anspruch auf einen Ganztagesplatz. Wir sollten uns aber darüber klar sein, dass es lebensfremd wäre zu glauben, diese Einschränkung ließe sich politisch dauerhaft durchhalten. Das heisst aber, dass unser Finanzierungsbedarf in diesem Bereich nicht nur deutlich gewachsen ist, sondern auch künftig wachsen wird.

Es ist ja bald Wahlkampf und da sollten wir uns alle politisch ehrlich machen und klar sagen, dass ein besseres Angebot auch mehr Geld kostet und dass wir das dazu nötige Kleingeld nicht in der Portokasse versteckt haben.

Der nächste Punkt: Ortskernsanierung

Natürlich ist ein Haushaltsplan nur ein Plan und die Lebenswirklichkeit führt immer dazu, dass von Plänen abgewichen wird. Der Herr Bürgermeister hat uns ja dankenswerterweise sehr umfassend über die sogenannten „Haushaltsrisiken“ informiert, d.h. über die Bereiche, bei denen eine Planabweichung am wahrscheinlichsten ist.

Ich möchte hier schon mal vorsorglich klarstellen, dass ich die Verwaltung nicht loben werde, sollte unser Defizit dadurch geringer ausfallen, dass wir die Ortskernsanierung nicht zügig und energisch voran treiben.

Wir bestimmen damit über die Lebensqualität in unserem Ort mindestens für die nächsten 30 Jahre, da brauchen wir sicher keine unproduktive Hektik, aber auch keine falsche Sparsamkeit.

Mir wäre es sehr wichtig so wie auch bisher regelmässig, zeitnah und umfassend über die Fortschritte und mehr noch über die Probleme informiert zu werden.

Vielleicht könnte dies ja ein regelmässiger Tagesordnungspunkt sowohl im Bau- als auch im Haupt- und Finanzausschuss werden.

Zum Thema Biomüll und Geruchsbelästigung

Herr Zeller war ja Gast auf einer Ältestenratsitzung und hat dort sowohl der Gemeinde als auch der BI gegen Geruchsbelästigung die Kooperation bei der Lösung der bekannten Probleme angeboten.

Ein erstes Gespräch dazu soll nun am 30.1. stattfinden.

Wir Grüne begrüßen dieses Aufeinanderzugehen ausdrücklich. Und wir hoffen sehr, dass dieses Kooperationsangebot sowohl von der BI, als auch von der lokalen Agenda positiv aufgegriffen wird. Natürlich und ganz selbstverständlich sehen wir dabei auch die Gemeinde und den Gemeinderat in der Pflicht.

Ein solches Aufeinanderzugehen ist notwendig.

Zumal wir gesetzlich nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet sind bis 2020 mindestens 65 % unseres Siedlungsabfalls zu recyceln.

Deswegen brauchen wir geschlossene regionale Stoffkreisläufe, d.h. wir brauchen die Wiederverwertung biologischer Abfallstoffe, am besten natürlich in Form von Dauerhumus, der dann unserer lokalen Landwirtschaft nutzen würde. Das wäre gewissermaßen das anzustrebende Ideal. Im Moment sind wir davon noch ein ganzes Stück entfernt. Je besser und schneller wir die Diskrepanz zwischen theoretischem Ideal und praktischen Gestank überwinden, desto besser für uns alle.

Wir werden uns im kommenden Wahlkampf mit eigenen Vorschlägen und Ideen in den Diskussionsprozess einbringen und dabei selbstverständlich auch und gerade weil Wahlkampf ist, auf die anderen Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat zugehen.

Baumfällungen an Entwässerungsgräben

Es kann nicht sein, dass das einzige Kriterium das anscheinend bei dieser Frage in Mutterstadt zählt die Verkehrssicherung ist und dass naturfachliche Belange weitgehend unter den Tisch fallen.

Ich bin als grüner Gemeinderat konfrontiert mit einem wachsenden Unmut über die gegenwärtige Praxis, übrigens kommt dieser Unmut nicht nur aus meiner Partei, und sehe mich deswegen gezwungen deutlicher und schärfer zu reagieren.

Nach meiner Meinung kann das Konfliktpotential am besten dadurch entschärft werden, dass man solche Maßnahmen, bevor man sie umsetzt, im zuständigen Landwirtschafts- und Umweltausschuss bespricht. Man würde dadurch auch zeigen, dass man dieses Gremium ernst nimmt.

Im Moment hat das eine oder andere Gremiumsmitglied da nämlich seine Zweifel. Zweifel, die auch dadurch bestärkt werden, dass die Erstellung der Sitzungsprotokolle offensichtlich so weit unten auf der Prioritätenliste des zuständigen Mitarbeiters steht, dass sie bei Zusendung an die Ausschussmitglieder meist schon historischen Charakter haben und eher fürs Archiv interessant sind.

Dank

Ich werde dem vorgelegten Haushalt zustimmen und möchte mich bei dieser Gelegenheit, da es der letzte Haushalt in dieser Wahlperiode ist, ganz ausdrücklich bei unserem Bürgermeister dafür bedanken, dass er in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode einen sehr offenen und konstruktiven Umgang mit dem Gemeinderat gepflegt hat.

Ich möchte mich auch bei den RatskollegInnen dafür bedanken, dass wir zumindest manchmal leidenschaftlich gestritten haben, aber dass wir dabei einen sehr sachlichen, respektvollen Umgang gepflegt haben.

Das sollte so sein, ist aber keineswegs selbstverständlich. Wobei ich mit etwas mehr Streit kein Problem hätte.

Ich will wiederkommen und auch meine nächste Haushaltsrede hier halten, am liebsten natürlich als Fraktionsvorsitzender, das macht auch die Anschreiben der Gemeindeverwaltung kürzer.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende erläutert einzelne Anmerkungen aus den Haushaltsreden:

- Nachdem den Schulen wegen auslaufender Landesförderung künftig kein Schulsozialarbeiter mehr zur Verfügung steht, werden die beiden Mitarbeiter des Jugendtreffs diese Aufgabe an den Mutterstadter Grundschulen fortführen.
- Im Rahmen des Förderprogramms „Aktive Ortsteilzentren“ hat die Verwaltung für die Genehmigungsbehörde bereits ein Investitionsprogramm aufgestellt.
- Das Haushaltsdefizit verringerte sich in den Jahresabschlüssen nicht auf „wundersame Weise“, sondern aufgrund vorsichtiger Planungen bei der Aufstellung des Haushalts.
- Der Grundstückserwerb für die Südspange wird zwar von der Verwaltung betreut, liegt jedoch in der Verantwortung des Gewässerzweckverbands.
- Zur Anfrage eines Ausschussmitgliedes wegen der Baumfällarbeiten an den Gewässergräben erläutert der Vorsitzende, dass zu den gestellten Fragen ein Antwortschreiben verschickt worden sei. Bei Bedarf könne ein Erörterungsgespräch stattfinden. Zur Kritik, dass die Niederschrift zu einer Ausschusssitzung erst einige Monate nach der Sitzung verschickt wurde, erläutert der Vorsitzende, dass dies eine Ausnahme gewesen sei.

Einstimmiger Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.